

NEUSTART JETZT!



Der Rundfunkbeitrag muss abgeschafft werden.

Nur der Anfang vom Ende.

Die bekannt gewordenen Skandale beim RBB zeigen deutlich: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss grundlegend reformiert werden – für ein breites Programmangebot mit Informationen aus der Region und eine politisch ausgewogene Berichterstattung anstelle regierungstreuer Hofberichterstattung aus Berlin und Potsdam und ideologiegeprägter Sendungen. Denn jeder Beitragszahler hat einen Anspruch auf sinnvolle Verwendung seiner Zwangsabgaben.

Deshalb muss jetzt gehandelt werden. Wir fordern:

- ▶ Neuausrichtung des Programms beim RBB,
- ▶ neutrale Berichterstattung statt Ideologie-Funk,
- ▶ Abschaffung des Rundfunkbeitrages.



Schauen Sie sich unsere Rede dazu an.

FÜR SIE IM UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS:

Dennis Hohloch
Dr. Hans-Christoph Berndt
Lars Schieske
(v.l.n.r.)



Dafür sorgen Ihre Vertreter der AfD im Untersuchungsausschuss „RBB“:

- ✓ Vorladung wichtiger Zeugen von RBB und Regierung
- ✓ Auswertung von Beweismaterial
- ✓ Aufklärung statt Vertuschung
- ✓ Vorlage eines eigenen Abschlussberichts mit Schlussfolgerungen

So!geht Demokratie.



Herausgeber:
AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Telefon:
0331/ 966 1806
E-Mail:
info@afd-fraktion.brandenburg.de

Diese Publikation darf nicht für Partei- oder Wahlkampfszwecke verwendet werden.
Erstellungsdatum: April 2023

DIE AfD-FRAKTION INFORMIERT



So!geht Kontrolle.

Auf Antrag der AfD-Fraktion wurde der Untersuchungsausschuss „RBB“ eingesetzt. Der Untersuchungsausschuss ist das wichtigste parlamentarische Kontrollinstrument, um die Skandale in der Rundfunkanstalt aufzuklären.

So!geht Demokratie.



Aufklärung im Namen der Beitragszahler.

Erstmals ist eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt Gegenstand eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Und das wurde auch höchste Zeit! Im Sommer 2022 wurden nach und nach immer mehr Details über die gewissenlose Selbstbedienung beim Skandalsender bekannt. Bonuszahlungen und sogenannte Ruhegelder in schwindelerregender Höhe, Vetternwirtschaft und Maßlosigkeit bei den Ausgaben: Im Namen aller Beitragszahler konnte die AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg Mitte November 2022 die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses durchsetzen. Das Ziel: die lückenlose Aufklärung sämtlicher Skandalvorgänge im RBB.

Dennis Hohloch

OBMANN DER AfD-FRAKTION BRANDENBURG
IM UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS „RBB“



BONUSZAHLUNGEN

Intendantin kassierte mehr als der Ministerpräsident.

Die ehemalige Intendantin des RBB, Patricia Schlesinger, erhielt zuletzt ein jährliches Festgehalt von über 300.000 Euro – und damit fast doppelt so viel wie Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke. Aber darf's noch etwas mehr sein? Beim RBB schon. Neben diesem festen Grundgehalt kassierte die Anstaltsleitung auch noch üppige Bonuszahlungen und weitere Zulagen. Ein Einzelfall? Weit gefehlt! Das Bonussystem beim RBB hatte offenbar zahlreiche Profiteure.

Deshalb muss jetzt gehandelt werden. Wir fordern:

- ▶ Streichung von Sonderzahlungen für die Leitungsebene des RBB,
- ▶ Vergütung aller Beschäftigten nach Tarif.

Hier geht's zu unserem Antrag auf Einsetzung des Untersuchungsausschusses (Drucksache 7/6552):



Was wusste die Landesregierung?

Nach dem RBB-Staatsvertrag führt die Landesregierung alle zwei Jahre die Rechtsaufsicht über die gemeinsame Rundfunkanstalt. Hat die Landesregierung von all dem bürgerfernen Treiben auf Kosten der Beitragszahler tatsächlich nichts gewusst? Das dürfte jedenfalls bei ordnungsgemäßer Wahrnehmung der Aufsichtspflicht nicht der Fall gewesen sein. Hierzu werden die Regierungsvertreter im Ausschuss Rede und Antwort stehen müssen.

Deshalb muss jetzt gehandelt werden. Wir fordern:

- ▶ Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
- ▶ Sicherstellung tatsächlicher Kontrolle des RBB.

